

TÖDLICHE GEWALT GEGEN MUSLIMISCHE EHEFRAUEN

Zimmer: Schnell staatlicher Schutz

Bestürzt und besorgt ist der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Nicolas Zimmer, über die Zunahme der tödlichen Übergriffe auf muslimische Frauen aus deren direktem familiären Umfeld.

Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche sei nun wieder eine junge Frau Opfer ihres Ehemannes geworden. In beiden Fällen scheine nach ersten Informationen die verletzte Ehre des Ehemannes nach der Trennung Grund für die abscheuliche Tat gewesen zu sein.

Zimmer: „Hier müssen wir schnell Lösungen schaffen. Ich fordere deshalb den Senator für Frauen, Herrn Wolf, und den Senator für Inneres, Herrn Dr. Körting, auf, in aller Kürze für mehr Präventionsbeauftragte in den Polizeidirektionen zu sorgen. Diese müssten, bes-

tenfalls selbst türkischstämmig, als Ansprechpartner mit einer Hotline und festen Sprechzeiten in den Direktionen angesiedelt werden. Diejenigen türkischen Mitbürgerinnen unserer Stadt, die unter großem psychischen Druck und zumeist auch über längere Zeit unter physischer Gewalt durch ihre Familien



leben, brauchen endlich mehr Schutz und Fürsorge.“

Man dürfe, so Zimmer, die zumeist jungen Frauen nicht mit ihrer Angst und ihrer Ohnmacht allein lassen. Das Gesetz gegen Gewalt in der

Ehe setze den Rahmen. Das Grundgesetz stelle darüber hinaus die Basis für ein friedliches Zusammenleben. Jeder, der in unserem Land lebt, muss sich auch daran halten, so der CDU-Politiker. Es schütze die Freiheit und die Rechte jedes Menschen in unserem Land. Jeder, der hier lebe, müsse sich daran halten.

Schließlich, so Zimmer, müsse auch darüber nachgedacht werden, speziell für muslimische Frauen eingerichtete Notunterkünfte im Fall der Gewaltandrohung durch ihre Familien einzurichten.

ZUWANDERUNGSDEBATTE

Keine Toleranz den Intoleranten

Die Unions-Fraktion im Bundestag fordert ein hartes Vorgehen gegen den Islamismus in Deutschland.

Inzwischen sei offensichtlich, dass es bei der Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen nicht nur „Fehlentwicklungen“ gebe, sondern „dramatische Probleme“, sagte Fraktionsvize Wolfgang Bosbach. Diese Probleme müsse man offen ansprechen dürfen, ohne dass sofort die „Rassismus-Keule“ geschwungen werde. Zugleich stellte der Innenexperte klar, dass zwischen „dem Islam als Religion“ und dem Islamismus „als religiös motiviertem Terrorismus“ unterschieden werden müsse. „Religionsfreiheit heißt nicht Narrenfreiheit, heißt nicht Freiheit für religiöse Fanatiker“, bekräftigte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Hier zu Lande lebten inzwischen über 30.000 Islamisten, von denen

3.000 gewaltbereit seien. „Von denen müssen wir uns trennen“, forderte Wolfgang Bosbach. Und zwar eher heute als morgen. Der CDU-Politiker unterstrich, auf die Religionsfreiheit könne sich niemand berufen, der seine religiösen Überzeugungen dazu nutzen wolle, unseren demokratischen Rechtsstaat zu zerstören. Außerdem stellte der Fraktionsvize klar, dass Demokratie und Islamismus ein Widerspruch in sich seien. Es gebe bis heute kein islamistisches Land, das gleichzeitig eine Demokratie im westlichen Sinne sei: Entweder handele es sich um absolute Monarchien, Diktaturen oder Theokratien. Bosbach machte deutlich, dass Imame sowohl unsere Gesetze als auch unsere Geschichte und Kultur akzeptieren müssten. Ansonsten werde die Integration nur erschwert.

Auf ein Wort: Pa | trio | tis | mus, der

Das Wort ist lateinisch-französischen Ursprungs und bedeutet, wie der Duden weiß, die „Liebe zum Vaterland“. Liebe und Vaterland – beides eherne schöne Begriffe, beide oft missbraucht. Der Bundeskanzler, der schon einmal außen-, er würde wohl sagen weltpolitisch, vom „Deutschen Weg“ spricht, hat Patriotismus jetzt neu definiert. Als sozialdemokratischer Sonnenkönig sagt er: „Patriotismus ist das, was ich jeden Tag tue“.

Man wäre geneigt zu lachen, wenn dahinter nicht Tradition steckte. Ähnlich wenig liebevoll zu Deutschland, wenn auch sprachlich reizvoller, formulierten die von der SPD kommenden Bundespräsidenten Heinemann und Rau: „Ich liebe nicht mein

Vaterland, ich liebe meine Frau.“ In diese Denkweise passen die linken Ideen den Nationalfeiertag in die Bedeutungslosigkeit zu mobben (Schröder, Eichel), einen Islamischen Feiertag zu schaffen (Ströbele) oder demnächst nur noch von „multikultureller Demokratie“ sprechen zu wollen (Roth, Bütikofer). All das soll ablenken von einer Selbstverliebtheit, die das Land nicht mehr interessiert. Jeden Tag des durch Schröder gelebten Patriotismus gehen 1000 Arbeitsplätze verloren. Wenn er es mit dem neuen Bundespräsidenten Horst Köhler halten würde („Ich liebe unser Land“), hätten vielleicht auch die Menschen dieses Landes eine Chance, dass man sich wieder um sie kümmert. (dr)

Wer die Macht der Wörter nicht kennt, kann auch die Menschen nicht kennen. (Konfuzius)

SCHULTZE-BERNDT WARNT SPD-SENATOR:

PISA III kommt bestimmt

Die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katrin Schultze-Berndt, hat erneut heftige Kritik am Senator für Schule und Bildung, Klaus Böge (SPD), geübt, der trotz Versprechen und vorhandener Mittel im Haushalt die Zahl der Lehrerneueinstellungen drastisch absenken will. Schultze-Berndt: „In den vergangenen Jahren haben die Lehrkräfte andauernd nur eine Ausweitung ihrer Aufgaben oder Arbeitszeiten erfahren. Die Qualität der Bildung leidet darunter, wie man am Beispiel der PISA-II-Studie ablesen kann, am meisten.“ Zunächst gebe es eine zweistündige Arbeitszeiterhöhung, das Erstellen individueller Bildungspläne für schlechte Schüler, die Erarbeitung von Schulprogrammen und die Evaluation der Arbeit einer Schule. Ebenso müssten Lehrkräfte teilweise sonderpädagogische Aufgaben in der flexiblen Schulanfangs-

phase übernehmen, für die sie nicht ausgebildet sind. Hinzu komme ein erhöhter Bedarf an Fortbildungen, zusätzliche Vertretungsarbeit an zwei Fehltagen, die der Schulsenator jeder Lehrkraft verordnet hat. Ganz zu schweigen, so die

mehr Bildung und Ausbildung mit weniger Personal, Kompetenz und Mitteln. Das ist das Überbleibsel des heeren Anspruchs des Herrn Böge aus dem Wahlkampf: „Bildung hat Priorität!“ In Berlin gilt dieser Satz schon lange nicht mehr.“ Die Antwort auf wachsende Herausforderungen müsste jedoch eine vermehrte Neueinstellung junger Lehrkräfte sein. Ältere fühlten sich bereits heute oftmals überlastet, was zu Unterrichtsausfall und damit zu weniger Wissensvermittlung an die Schüler führe. Schultze-Berndt riet dem Senator: „Wir müssen die Zahl der Lehrkräfte auf einem Niveau festschreiben. Bei einem Schülerrückgang haben wir dann die Möglichkeit für pädagogische Verbesserungen. Damit beenden wir hoffentlich auch den Irrsinn, immer mehr teuer ausgebildete Lehrkräfte in andere Länder abwandern zu lassen. Wir brauchen sie hier in Berlin.“



Schul-Politikerin, von einem verstärkten Zeitaufwand für einen intensiveren Austausch zwischen den Gremien. Schultze-Berndt: „Doch das ficht Herrn Böge nicht an. Er will